

Ruediger Stobbe

14. Jun. 2016

Diesen Artikel finden Sie online unter
<http://www.welt.de/155959965>05.06.16 | **Frauke Petry**

"Grundgesetzwidrigkeit des Islam ist eine Tatsache"

AfD-Chefin Frauke Petry im Interview: Sie hat kein Problem mit dem Konterfei von Jérôme Boateng auf der Verpackung von Kinderschokolade. Die Mekka-Reise von Mesut Özil sieht sie nicht so entspannt. *Von Beat Balzli, Matthias Kamann*



Frauke Petry

Foto: pa/ZB/dpa-ZB

Am Tag vor ihrem 41. Geburtstag (1. Juni) gab sich Frauke Petry betont locker und entspannt. Zum Interview lud die Bundessprecherin und sächsische Fraktionschefin der AfD in den Garten des Dresdner Landtags. Dort half Petry, die an diesem Tag von ihrem jüngsten Sohn begleitet wurde, zunächst beim Abwischen der vom Regen verschmutzten Tische – wurde dann aber im Interview sehr scharf und griff "die Zunft" der Journalisten heftig an. Kurz nach dem Gespräch begann es zu regnen.

Welt am Sonntag: Frau Petry, Sie als AfD-Chefin sind sicher besonders stolz auf Deutschland.

Frauke Petry: Gewiss. Alle Politiker sollten stolz auf ihr Land sein. Leider ist das bei vielen derzeit nicht der Fall.

Welt am Sonntag: Dann sind Sie auch stolz auf die deutsche Fußball-Nationalmannschaft?

Petry: Zweifelsohne.

Welt am Sonntag: Obwohl die dank Spielern mit Migrationshintergrund gewinnt?

Petry: Sicher.

Welt am Sonntag: Ob der bekennende Muslim Mesut Özil oder Bastian Schweinsteiger (Link: <http://www.welt.de/155774935>) ein Tor für Deutschland schießt, macht für Sie keinen Unterschied?

Petry: Natürlich nicht.

Welt am Sonntag: Dann gehört für Sie der Islam zur Nationalmannschaft. Und damit auch ein bisschen zu Deutschland, oder nicht?

Petry: So einfach ist es nicht. Denn es kommt entscheidend darauf an, dass der Islam in seinen integralen Bestandteilen Scharia und Koran nicht mit dem Grundgesetz vereinbar ist. Deshalb sind diejenigen Muslime, die sich gut integriert haben, nicht einverstanden mit manchen intoleranten und zur Gewalt aufrufenden Aussagen, die im Koran stehen. Diese Muslime identifizieren sich häufig mit der spirituellen Seite ihrer Religion, und dass Menschen so etwas brauchen, ist klar. Aber solange die Scharia und aus bestimmten Koranpassagen hergeleitete politische Ansprüche integrale Bestandteile des Islam sind, müssen wir die Diskussion über den Islam sehr kritisch führen.

Welt am Sonntag: Was ist dann mit Nationalspieler Mesut Özil ([Link: http://www.welt.de/155861987](http://www.welt.de/155861987)), der durch seine Pilgerreise nach Mekka gezeigt hat, wie wichtig ihm der Islam ist?

Petry: Vermutlich wird Mesut Özil nicht nach den Regeln der Scharia leben. Die Frauen, mit denen er sich öffentlich zeigt, tragen jedenfalls kein Kopftuch. Die Pilgerreise nach Mekka gehört bekanntlich zu den religiösen Pflichten eines Muslims. Ob man sie aller Welt präsentieren muss, steht dahin.

Welt am Sonntag: Ihre sächsische AfD-Fraktionskollegin Andrea Kersten ([Link: http://www.welt.de/155809152](http://www.welt.de/155809152)) hält es für unpatriotisch, dass Özil die Nationalhymne nicht mitsingt. Mit seiner öffentlichen Inszenierung der Pilgerreise werde "eine Ideologie hofiert, in deren Namen immer wieder Völkermorde begangen wurden". Was soll denn das?

Petry: Es ist tatsächlich schade, dass Mesut Özil als Identifikationsfigur für so viele Kinder und Jugendliche die Nationalhymne nicht mitsingt. Auf der einen Seite das, auf der anderen die öffentlich zelebrierte Reise nach Mekka: Man könnte Özil fragen, ob er mit diesem Bekenntnis auch eine politische Aussage treffen wollte.

Welt am Sonntag: Bei solcher Kritik an dem einen Fußballspieler haben Sie sicher Verständnis, dass AfD-Vize Alexander Gauland kritische Andeutungen zur Nachbarschaftsverträglichkeit von Jérôme Boateng macht ([Link: http://www.welt.de/155779325](http://www.welt.de/155779325)).

Petry: Es ist mutig von Ihnen, dass Sie das Thema ansprechen. Denn Ihre Kollegen von der "Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung" haben ja zugegeben, beim Zitieren von Gauland unsauber gearbeitet zu haben.

Welt am Sonntag: Gauland bestreitet nicht, sich über Boateng so geäußert zu haben, wie er zitiert wurde.

Petry: *** Und dann wurde auch noch die Überschrift des Textes so gedreht, dass Gauland Boateng beleidigt haben soll. Das ist ein weiteres Beispiel dafür, dass gegenüber der AfD in Ihrer Zunft die Spielregeln nicht eingehalten werden.

**** Anmerkung der Redaktion: Den ersten Satz der Antwort Petrys haben wir nach einer einstweiligen Verfügung des Kölner Landgerichts (Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH gegen Frauke Petry) gelöscht.*

Welt am Sonntag: Trotzdem haben Sie Gauland im Nachhinein wegen des Vorfalls angeschrien.

Petry: Wie bitte?

Welt am Sonntag: Gauland soll in Parteikreisen gesagt haben, Sie hätten ihn am Telefon angeschrien.

Petry: Ich weiß nicht, welche Parteikreise das gewesen sein sollen. Aber ich für meine Person halte mich an das Prinzip, dass aus internen Zusammenkünften nichts nach außen getragen wird.

Welt am Sonntag: Hätten Sie Herrn Boateng gern als Nachbarn?

Petry: Damit hätte ich gar kein Problem.

Welt am Sonntag: Und Ihre Kinder essen auch Kinderschokolade mit dem Kinderbild von Boateng drauf?

Petry: Klar, wobei normalerweise da ja andere Bilder drauf sind, dies ist jetzt nur eine Aktion zur EM. Das kann man machen, aber Kinder essen Schokolade in der Regel ja nicht wegen der Verpackung. Aber ich finde es erschreckend, wie sehr sich die Medien und die politische Konkurrenz auf solche Nebensächlichkeiten stürzen und auf die tatsächlichen Probleme in

diesem Land allenfalls am Rande eingehen, etwa die massenhaften sexuellen Übergriffe auf einem Darmstädter Volksfest zur selben Zeit.

Welt am Sonntag: Rassismus ist ein tatsächliches Problem in diesem Land. Pegida macht massiv Stimmung gegen das Bild des dunkelhäutigen Boateng auf den Kinderschokolade-Packungen (Link: <http://www.welt.de/155667474>) .

Petry: Rassismus entsteht übrigens auch durch die Einwanderung von Rassisten. Was Pegida tut, das tut Pegida. Die AfD hat sehr früh eine klare Grenzlinie zwischen dem gezogen, was vom Pegida-Organisationsteam gemacht wird, und den Menschen, die zum Demonstrieren auf die Straße gehen.

Welt am Sonntag: Diese Grenzlinie sehen wir in der AfD nicht. Ihr Parteifreund Björn Höcke aus Thüringen macht mit Pegida gemeinsame Sache (Link: <http://www.welt.de/155778999>) , etwa wenn er einen Pegida-Vertreter auf einer Anti-Moschee-Demo der AfD in Erfurt reden lässt.

Petry: Es gibt dazu einen eindeutigen Beschluss des Parteivorstands und eine einmütige Äußerung aller Landesvorstände, dass wir eine derartige Vermischung von Rednern auf den jeweiligen Podien nicht wünschen.

Welt am Sonntag: Was Sie wünschen, kümmert Höcke offenbar nicht.

Petry: Da werden wir sehen, was passiert.

Welt am Sonntag: Was denn?

Petry: Das wird man in den nächsten Monaten sehen.

Welt am Sonntag: Wollen Sie es uns nicht sagen?

Petry: Ich kann Ihnen leider nicht erzählen, was in den nächsten Monaten passiert.

Welt am Sonntag: Wollen Sie bei Höcke Konsequenzen ziehen?

Petry: Also ich bitte ich Sie, mal zu schauen, was das Parteienrecht hergibt und was nicht, und ich verbitte es mir, dass Sie die AfD auf das Pegida-Phänomen reduzieren. Tatsächlich haben AfD und Pegida keinerlei organisatorische Verschränkung, das wird auch so bleiben, und wenn sich Leute nicht daran halten, wird die AfD gegebenenfalls reagieren. Andererseits sind wir keine Einheitspartei wie die Merkel-CDU und halten ein paar Quertreiber schon aus.

Welt am Sonntag: Die Äußerungen zur Nationalmannschaft...

Petry: ...das Thema gefällt Ihnen...

Welt am Sonntag: ...interpretieren manche als das typische Muster des Rechtspopulismus: Tabubruch und mediale Eskalation.

Petry: Nennen Sie mir mal eine Partei, die ohne Populismus auskommt. Der stärkste Populismus, an den ich mich erinnern kann, war die Reaktion von Frau Merkel auf die Fukushima-Katastrophe, als sie mit dem Atomausstieg völlig abrupt ihre vorherige Politik umwarf. Wenn man dem Volk aufs Maul schauen will, und das sollten alle Politiker tun, dann kommt keine Politik ohne populistische Aussagen aus.

Welt am Sonntag: Also alles Kalkül. Gilt das auch für das abgebrochene Treffen mit dem Zentralrat der Muslime (Link: <http://www.welt.de/155603060>) ? Gauland hatte Ihnen ja eine unprofessionelle Vorbereitung sowie unerfüllbare Bedingungen vorgeworfen.

Petry: Ich gebe keine Interviews zu Aussagen meiner Parteikollegen. Aber ich sage Ihnen gern zum Zentralrat, dass wir das Gespräch nach fast einer Stunde beendet haben, weil sich der Zentralrat weder von seinen inakzeptablen Äußerungen über die AfD als Nachfolgepartei der NSDAP distanziert hat noch willens oder fähig war, uns auf konkrete Fragen nach der Distanzierung von der Scharia oder zur Kindererziehung in gemischt-religiösen Familien zu antworten. Und dass eine Organisation, die gerade mal 10.000 der hier lebenden vier Millionen Muslime vertritt und einer nicht verfassungskonformen Ideologie anhängt, uns Grundgesetzwidrigkeit vorwirft, war anmaßend.

Welt am Sonntag: Sie brechen also ein Gespräch ab, weil Ihnen der Zentralrat Grundgesetzwidrigkeit vorwirft, werfen aber ihrerseits dem Zentralrat Grundgesetzwidrigkeit vor.

Petry: Weil die Grundgesetzwidrigkeit des Islam eine Tatsache ist und sich ganz einfach

nachweisen lässt.

Welt am Sonntag: Das sehen wir anders.

Petry: Man hat uns, wie gesagt, nicht bloß Grundgesetzwidrigkeit vorgeworfen, sondern dass wir quasi die Erben Hitlers sind, das ist ein anderes Kaliber. Die Wurzeln des radikalen Islam, der unsere Verfassungsordnung bedroht, liegen auch nach Meinung zahlreicher Islamwissenschaftler eindeutig im Koran und seinen Interpretationen. Weil sich alle Muslime auf den Koran beziehen, ist es nicht einfach, zwischen frommen Muslimen, Radikalen und Islamisten zu unterscheiden. Hören Sie sich doch an, was in vielen deutschen Moscheen gepredigt wird. Das ist eine politische Ideologie, die sich auf den Koran beruft. Solange das so ist, wie sie ist, solange ist das Problem der Radikalisierung des Islam untrennbar mit dem Koran und der Scharia verbunden.

Welt am Sonntag: Was hätten gläubige Muslime zu erwarten, wenn die AfD in Deutschland regieren würde?

Petry: Die Forderung, das Grundgesetz einzuhalten. Dazu sind derzeit laut diversen Studien viele Muslime nicht bereit, sondern sie meinen, dass die Regeln der Scharia wichtiger seien als das Grundgesetz. Die AfD ist die Partei, die in allen gesellschaftlichen Bereichen will, dass Gesetze wieder eingehalten werden. Darauf werden wir gegenüber den Muslimen beharren. Wir würden gleichzeitig verhindern, dass muslimische Organisationen mit den christlichen Kirchen gleichgestellt werden. Außerdem fordern wir das Verbot der Vollverschleierung, von Minaretten und Muezzinrufen, weil das Symbole eines islamischen Herrschaftsanspruchs sind. Das hat ja unter anderem Herr Erdogan gesagt: Die Moscheen seien die Kasernen, die Minarette die Bajonette des Islam.

Welt am Sonntag: Aber die AfD will ja nicht regieren.

Petry: Natürlich wollen wir irgendwann regieren. Aber derzeit sehen wir uns als Oppositionspartei und sind überzeugt, uns als noch sehr junge Partei in der Opposition weiter festigen zu können. Längerfristig sieht die Mehrheit der AfD-Mitglieder uns auch in der Regierungsverantwortung.

Welt am Sonntag: Und wenn die AfD in Mecklenburg-Vorpommern bei den Landtagswahlen im September stärkste Kraft werden sollte – wollen Sie dann das Votum der Bürger ignorieren und die Übernahme von Verantwortung verweigern?

Petry: In die Verlegenheit wird die AfD dort nicht kommen, denn keine andere Partei wird mit uns einstweilen eine Koalition bilden wollen.

Welt am Sonntag: Weil die AfD nicht bereit ist, die nötigen Kompromisse für eine Koalition zu machen.

Petry: Wir werden uns anderen nicht so andienen, wie es etwa die FDP sehr oft gemacht hat und nun auch in Rheinland-Pfalz mit der SPD und sogar mit den Grünen praktiziert.

Welt am Sonntag: Wollen Sie die AfD-Oppositionsfraktion im Bundestag anführen, indem Sie Spitzenkandidatin Ihrer Partei 2017 im Bund werden?

Petry: Darüber wird die Partei zu gegebener Zeit entscheiden.

Welt am Sonntag: Ihre Popularitätswerte sprechen gerade ein bisschen dagegen. Laut Umfragen schwärmen weit mehr AfD-Anhänger für CSU-Chef Horst Seehofer als für Sie. Frustriert Sie das?

Petry: Überhaupt nicht. Denn unsere Wähler wissen genau, dass Seehofer nur bellt, aber nicht beißt. Er ist ja auch gar keine Konkurrenz für uns, weil er nicht den Mumm hat, mit seiner CSU bundesweit anzutreten.

Welt am Sonntag: Sie aber machen das und müssen ein Wahlprogramm für den Bund vorlegen. Die bisherigen Pläne der AfD wirken sehr teuer: Mehr Geld für Verteidigung und Polizei, Steuerentlastungen für Familien sowie Geld für pflegende Angehörige, und die Erbschaftssteuer wollen Sie abschaffen. Mit welchen Steuererhöhungen wollen Sie das gegenfinanzieren?

Petry: Erst einmal verlangen wir Steuersenkungen. Familien soll weniger Geld abgezogen werden, ärmere Familien wollen wir bei den Sozialbeiträgen entlasten. Das wird von Kinderlosen mitfinanziert werden müssen. Bisher werden ja kinderlose Paare durch das

Ehegattensplitting massiv bevorzugt. Diese Besserstellung der Kinderlosen wollen wir beenden und durch ein Familiensplitting ersetzen, bei dem es auf die Kinder ankommt. Die Entlastung der Familien kann auch zu mehr Geburten führen und damit dem demografischen Wandel entgegenwirken.

Welt am Sonntag: Das kann erst langfristig wirken. Schon vorher werden die Sozialkassen unter der wachsenden Zahl von Rentnern leiden. Daher fordern viele die Rente mit 73. Sie auch?

Petry: Man wird die vielen Fehler, die in den vergangenen Jahrzehnten in der Rentenpolitik gemacht wurden, nicht innerhalb kurzer Zeit reparieren können. Insofern ...

Welt am Sonntag: ...brauchen wir mehr Flüchtlinge zur demografischen Stabilisierung?

Petry: Sind Sie jetzt für die ironischen Fragen zuständig?

Welt am Sonntag: Nein, wir meinen das ernst.

Petry: Es kann doch gar keinen Zweifel geben, dass die Flüchtlinge die Sozialkassen nicht etwa ent-, sondern noch zusätzlich sehr stark belasten werden. Aber auch ohne die weitere Verschärfung durch die Flüchtlinge brechen für die Rentenkassen schwere Zeiten an. An einer weiteren Verlängerung der Lebensarbeitszeit führt daher kein Weg vorbei. Das ist brutal (Link: <http://www.welt.de/155962088>), genauso, dass man vermutlich über eine weitere Kürzung der Renten reden müssen. Wir brauchen auch einen stärkeren innerfamiliären Zusammenhalt zur Entlastung des Sozialstaats.

Welt am Sonntag: In Sachen EU (Link: http://europa.eu/index_de.htm) ist Ihr Programm nicht ganz so deutlich. Ist Ihr Ziel der Austritt?

Petry: Wir sind überzeugt, dass die EU stark reformiert werden muss, weg vom Zentralstaat, zurück zu einem freien Zusammenschluss souveräner Nationalstaaten. Ob das gelingt, wird den Ausschlag in der Frage geben, ob wir langfristig einen Verbleib in der EU für richtig halten. Derzeit meinen wir, dass solche Veränderungen gemeinsam mit den anderen Mitgliedsländern erreicht werden müssen. Also nicht bloß bezogen auf einen Einzelstaat, wie es zwischen der EU und Großbritannien gemacht wird, wo die Briten sich bestimmte Souveränitätsrechte gesichert haben. Besser wäre es, Reformen mit allen Mitgliedstaaten gemeinsam anzugehen.

Welt am Sonntag: Das klingt, als würden Sie einen Verbleib Großbritanniens in der EU für richtig halten.

Petry: Ich bin da gespalten. Einerseits kann ich sehr gut verstehen, dass die Briten genug von der permanenten Einmischung der Brüsseler Zentralisten in die britische Innenpolitik haben, worunter in Großbritannien vor allem die Ärmeren leiden. Andererseits wünsche ich mir aus deutscher Sicht einen Verbleib des Landes in der EU, weil dann die Gruppe der EU-Skeptiker innerhalb der EU deutlich größer wäre als ohne die Briten.

© WeltN24 GmbH 2016. Alle Rechte vorbehalten

